

Öffentliches Protokoll

Sitzung des Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 20.11.2025
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	21:46 Uhr
Ort, Raum:	Ratssaal des Rathauses (barrierefrei), Rathausplatz 3-5, 22880 Wedel

Anwesend

Vorsitz

Petra Kärgel Bündnis 90 / Die Grünen

Mitglieder

Petra Goll Bündnis 90 / Die Grünen Vertretung für: Holger Craemer

Rainer Hagendorf SPD

Jörg Hohner FDP

Ingrid Paradies WSI

Bärbel Sandberg Bündnis 90 / Die Grünen Vertretung für: Dr. Ralf Sonntag

Janik Schernikau CDU

Matti Schlotzhauer SPD

Torben Wunderlich CDU

Sabine Zedler CDU

Stadtentwässerung

Christopher Seydewitz

Umweltbeirat

Jens Peter Neumann Umweltbeirat

Jugendbeirat

Finn Justus Bödding Jugendbeirat

Jonas Petersen Jugendbeirat

Seniorenbeirat

Helmut Steinke Seniorenbeirat

Verwaltung

Charleen Bonna Verwaltung

Claudia Broekhuis Fachbereichsleitung

Julia Fisauli-Aalto Bürgermeisterin

Claudia Friederich Erste Stadträtin

Henrike Paramin-Priefert Fachdienstleitung

Eva Schlensock Verwaltung

Mara Katharina Schlüter Protokollführung

Christiane Maylahn

Birgit Woywod Verwaltung

Abwesend

Mitglieder

Holger Craemer	Bündnis 90 / Die Grünen	entschuldigt
Dr. Ralf Sonntag	Bündnis 90 / Die Grünen	entschuldigt
Hendrik Thomascheski	CDU	entschuldigt

Gäste:

Herr Maurer	Stadtwerke Wedel GmbH	zu Top 1.1
Herr Meyerhoff	Stadtwerke Wedel GmbH	zu Top 1.1
Herr Rein	Wehrführer	zu Top 4
Herr Dilchert	Naturschutzinitiative e.V.	zu Top 7

Ratsfrauen und Ratsherren: Frau Römer

2 Einwohner*innen

1 Vertreter der örtlichen Presse

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung.

Sie schlägt vor, den voraussichtlich nicht öffentlichen Teil der Tagesordnung zu streichen, sofern kein Beratungsbedarf besteht. Es wird kein Bedarf gemeldet. Zudem gibt die Vorsitzende an, dass der ursprüngliche Top 8.1 „Kosten Stand Durchführung und Kostenentwicklung der Hochbauprojekte“ aufgrund fehlender Freigabe von der Tagesordnung gestrichen wird.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Die Gremiumsmitglieder beschließen einstimmig die vorgeschlagene Änderung der Tagesordnung und die Gesamt-Tagesordnung in einer Abstimmung.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Anfragen der Politik
- 1.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ANF/2025/011
hier: Stand/Fortschritt des kommunalen Kälte-/Wärmeplans (KKWP)
- 2 Einwohnerfragestunde
- 3 Anhörung der Beiräte
- 4 Bericht der Feuerwehr
- 5 Protokoll der Sitzung vom 16.10.2025
- 6 Beschlussvorlagen
- 6.1 Wirtschaftsplan 2026 der Stadtentwässerung Wedel BV/2025/085
- 6.2 Haushaltssatzung 2026/2027 BV/2025/080

- 7 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ANT/2025/017
hier: Nächtliches Betriebsverbot für Mähroboter im
Stadtgebiet Wedel
- 8 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen
- 8.1 Bericht der Verwaltung
- 8.1.1 Haushaltssicherung 2028, aktueller Stand zum 21.10.2025 MV/2025/105
- 8.1.2 Haushaltskonsolidierung
- 8.2 Sachstand Hochbauten in Wedel



Öffentlicher Teil

1 Anfragen der Politik

Dieser Tagesordnungspunkt ist ein Nachtrag der Sitzung vom 16.10.2025.

1.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**hier: Stand/Fortschritt des kommunalen Kälte-/Wärmeplans
(KKWP)**

ANF/2025/011

Herr Maurer von der Stadtwerke Wedel GmbH präsentiert den aktuellen Stand/Fortschritt zum kommunalen Kälte-/Wärmeplan (KKWP). Er berichtet über den gesetzlichen Rahmen, den Status Quo in Wedel, den Transformationsplan sowie die Erfolgsfaktoren für die Transformation. Der rechtliche Rahmen besteht aus den globalen Zielen, den europäischen Rahmenrichtlinien, der deutschen Gesetzgebung sowie der Landesgesetzgebung. Zentrale Bedeutung haben der KWKP und der Transformationsplan. Der KWKP ist ein reines Planungsinstrument und hat keine rechtlichen Auswirkungen für den Bürger. Der Transformationsplan ist ein Planungsinstrument für den möglichen Wärmenetzausbau. Der Transformationsplan setzt beim KWKP an. Je nachdem, ob ein Bestandsnetz bereits vorliegt oder neu geschaffen werden muss (beispielsweise in einem Neubaugebiet), gibt es verschiedene Anforderungen. Die aktuellen Bestandsnetze beinhalten drei öffentliche Fernwärmenetze (mit einer Trassenlänge von 7,7 km und 1024 angeschlossenen Haushalten) sowie acht Quartiers- und Insellösungen mit 721 angeschlossenen Haushalten. Nach dem Zielszenario des KWKP könnten 37 % des Wärmebedarfs über Fernwärme geliefert werden. Bei Berücksichtigung von Industrie und Gewerbe wären es sogar 48 %. Um dem Transformationsplan gerecht werden zu können, ist ein Trassenbau von 11,8 km bis zum Jahr 2040 notwendig. Dafür werden umfangreiche Baustellen im Bereich der Innenstadt nötig sein. Zudem müssen neue Heizzentralen geschaffen werden, wie beispielsweise im Gebiet „Altstadt Plus“. Diese sind eine technische Grundvoraussetzung für die Wärmewende. Ohne diese Trassen und die Netzgenehmigungen sowie die Heizzentralen und die dafür notwendigen Baugenehmigungen kann keine Wärmewende in Wedel stattfinden.

Die Herausforderung der Wärmewende besteht in dem Spannungsverhältnis zwischen Wirtschaftlichkeit, Sozialverträglichkeit und Wettbewerbsfähigkeit. Hohe Preise bedeuten eine hohe Wirtschaftlichkeit, jedoch auch eine geringe Sozialverträglichkeit. Grundsätzlich wird der Wärmenetzausbau ohne Fördermittel nicht sozialverträglich möglich sein. Das liegt daran, dass Wasserstoff oder andere grüne Stoffe um ein Vielfaches teurer sind als Erdgas. Dadurch steigen die Betriebskosten, die dann an den Endverbraucher weitergegeben werden. Durch Fördermittel können diese steigenden Kosten etwas abgefangen werden. Die drei Schlüsselfaktoren für den Fernwärmeausbau sind ein verlässlicher Rahmen für die Genehmigung und Sicherung von Heizzentralen und Wärmetrassen, ein gemeinsamer Wille sowie eine verlässliche Wettbewerbsfähigkeit.

Nach der Präsentation stehen Herr Maurer und sein Kollege, Herr Meyerhoff, dem Gremium für Rückfragen zur Verfügung. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt fest, dass noch etliche Beschlüsse gefasst werden müssen, um die Thematik voranzubringen und weitere konkrete Schritte und Planungen zu ermöglichen. Es muss ein Handlungsrahmen geschaffen werden. Daraufhin fragt die Fraktion, welche Beteiligten die nächsten Schritte entwickeln werden. Laut der Stadtwerke Wedel GmbH muss ein konkreter Auftrag durch die Politik zur weiteren Planung gestellt werden. Dieser gesamte Rahmen muss dann zur Beschlussvorlage vorgelegt werden. Weiterhin weist die Stadtwerke Wedel GmbH darauf hin, dass dabei die Effizienz beachtet werden müsse. Des Weiteren kann ein Konflikt zu anderen kommunalen Zielen entstehen, wie beispielsweise in Bezug auf neue Straßenbaukörper. Die Politik muss zwischen den Stadtwerken und der Verwaltung vermitteln, damit beide Belange berücksichtigt werden können.



Weiterhin stellt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Frage, ob die Trassenlänge von 11,8 km und die damit einhergehenden Baustellen zwingend notwendig sind. Die Stadtwerke weisen darauf hin, dass der KWKP sowie der Transformationsplan lediglich Pläne sind und deshalb auch nichts festgeschrieben ist. Zudem ist es weiterhin die freie Entscheidung der Bürger*innen, mit welcher Heiztechnik die vom Gesetzgeber vorgegebenen Ziele erreicht werden. Der Transformationsplan erfüllt aber alle Bedingungen, um Fördermittel zu erhalten. Dafür brauche es aber Standorte und Genehmigungen. Andere Bundesländer, die in einer besseren finanziellen Lage sind, haben mit dem Ausbau bereits begonnen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt fest, dass dazu auch Flächen benötigt werden. Die Politik ist auf Vorschläge von Stadtwerken und Verwaltung angewiesen, um die nächsten Schritte einleiten zu können.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt die Frage, ob auch eine große Wärmepumpe, gespeist mit Windenergie, eine Möglichkeit darstellt. Die Stadtwerke stellen an dieser Stelle auf die Technologievielfalt ab: Es sollen verschiedene Technologien genutzt werden, die aber noch auf Machbarkeit getestet werden müssen. Grundsätzlich ist auch eine Partizipation der Energiewerke Hamburg ggf. möglich. Die aktuelle Planung sieht jedoch vor, dass Wedel nicht auf die Partizipation angewiesen sein wird.

Anlage 1 Präsentation UBF_Wärme 20.11.2025

2 Einwohnerfragestunde

In der Einwohnerfragestunde werden keine Fragen gestellt.

3 Anhörung der Beiräte

Der Seniorenbeirat merkt an, dass es grundsätzliche Probleme mit der Website der Stadt Wedel gibt. Sie haben Ideen zur Verbesserung gesammelt und arbeiten nun mit Herrn Bagheri aus der strategischen IT zusammen. Es ist noch offen, welche Ideen umsetzbar sind. Die Seite des Seniorenbeirats wurde bereits umgestellt. Die Bürgermeisterin ergänzt, dass die Seite ein Informationsgrab ist und vieles aktualisiert werden muss. Alte Beiträge müssen archiviert werden und die Verwaltung arbeitet bereits an dieser Thematik. Sie bedankt sich für das Engagement des Seniorenbeirats.

Der Umweltbeirat berichtet, dass auch sie sich intensiv mit dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus TOP 7 beschäftigt haben. Sie unterstützen den Antrag auf nächtliches Betriebsverbot von Mährobotern vollumfänglich.

Der Jugendbeirat erklärt, dass ein neuer Jugendbeirat gewählt wird. Für Herrn Bödding ist es der letzte Ausschuss, da er sich nicht wieder zur Wahl stellen wird. Herr Petersen wird nochmal kandidieren. Herr Bödding bedankt sich für die gute Zusammenarbeit. Er merkt an, dass es endlich Licht in der Skateranlage gibt, wenn auch anders als gewollt. Statt eines Schalters wurde ein Bewegungsmelder eingebaut.

4 Bericht der Feuerwehr

Herr Rein berichtet von der gelaufenen Wahl eines neuen Wehrführers, bei der kein neuer Wehrführer gefunden werden konnte. Der Kandidat wurde in zwei Wahlgängen nicht ge-



wählt - es konnte weder die absolute Mehrheit im ersten Wahlgang erreicht werden, noch die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen im zweiten Wahlgang. Aus diesem Grund geht die Suche nach einem neuen Kandidaten weiter. Der nicht gewählte Kandidat ist daraufhin von seinem Posten als einer der stellvertretenden Wehrführer bei der Feuerwehr zurückgetreten. Ende Februar 2026 wird Herr Rein selbst nach vier Amtszeiten als Wehrführer ausscheiden, er möchte sich nicht nochmal zur Wahl stellen. Es gibt zwei Kameraden, die für die nächste Wahl als Kandidaten infrage kommen könnten. Es steht aber noch nicht fest, ob sich einer wirklich zur Wahl stellen wird. Trotz der Situation und der vielen Arbeit ist die Stimmung in der Wehr weiterhin gut. Es gab eine Umfrage innerhalb der Wehr hinsichtlich der aktuellen Situation und Belastung. Das Ergebnis der Umfrage war positiv, hat aber auch konstruktive Kritik hervorgebracht in den Bereichen Transparenz und Respekt füreinander. Zudem ist Anfang des Jahres ein Kamerad im Alter von 49 Jahren verstorben, was die ganze Wehr noch immer beschäftigt.

Die Führung ist weiterhin eine große Herausforderung, die Stundenanzahl für den Posten des Wehrführers ist nicht bezifferbar. In diesem Jahr gab es bereits rund 400 Einsätze, die Kameraden arbeiten ehrenamtlich und auch bis zur neuen Wache ist es noch ein langer Weg. Des Weiteren nimmt der Verwaltungsaufwand immer weiter zu. In dieser Hinsicht wäre eine Unterstützung wünschenswert. Eine solche wäre auch kostengünstiger als ein hauptamtlicher Wehrführer, der eingestellt werden muss, wenn kein neuer ehrenamtlicher Wehrführer gefunden wird.

Die Feuerwehr bedankt sich für die lobenswerte Zusammenarbeit mit der gesamten Verwaltung. Diese erstreckt sich über sämtliche Abteilungen innerhalb der Verwaltung bis hin zur Bürgermeisterin. Es wird sich gegenseitig unterstützt und zugehört. Das Miteinander ist deutlich besser als in vielen anderen Städten und Gemeinden.

5 Protokoll der Sitzung vom 16.10.2025

Es gibt keine Anmerkungen. Das Protokoll wird zur Kenntnis genommen.

6 Beschlussvorlagen

6.1 Wirtschaftsplan 2026 der Stadtentwässerung Wedel

BV/2025/085

Die Vorsitzende stellt den Beschluss zum Wirtschaftsplan 2026 der Stadtentwässerung Wedel vor. Die Werkleitung der Stadtwerke steht dann für Rückfragen zur Verfügung.

Die SPD-Fraktion stellt fest, dass einige Investitionen im Wirtschaftsplan vorgesehen sind, für die das Aufnehmen von Krediten in den kommenden zwei Jahren erforderlich ist. Sie fragt, wieso so viele Investitionen getätigt werden sollen. Die Stadtentwässerung erklärt dazu, dass der Plan nur für ein Jahr gilt und dort ein Ausblick auf die nächsten Jahre gewährt wird. Die Kredite werden nicht im Vorwege aufgenommen. Sie werden nur dann erforderlich, wenn es für eine konkrete Maßnahme notwendig ist. In den letzten Jahren mussten keine Kredite aufgenommen werden. Grundsätzlich hat sich die Stadtentwässerung für die eigene Handlungssicherheit mehr Projekte vorgenommen als sie überhaupt realisieren kann. Nur so kann eine Weiterarbeit gewährleistet werden, wenn sich beispielsweise ein laufendes Projekt durch äußere Umstände verzögert.

Beschluss:

Der Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss beschließt den Wirtschaftsplan 2026 der Stadt-entwässerung Wedel entsprechend den beigefügten Zusammenstellungen und Einzelplänen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

10 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	10	0	0
CDU-Fraktion	3		
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3		
SPD-Fraktion	2		
WSI-Fraktion	1		
FDP-Fraktion	1		

6.2 Haushaltssatzung 2026/2027

BV/2025/080

Die Vorsitzende trägt den Beschluss zum Haushaltssatzung 2026/2027 vor.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gibt an, dass sie aufgrund der verspäteten Veröffentlichung des Haushaltsentwurfs 2026/2027 und der vorgezogenen Sitzung noch keine Zeit hatten, sich innerhalb der Fraktion über den Entwurf abzustimmen. Auch die Fraktionen SPD und WSI sind wegen des Zeitmangels noch nicht sprachfähig. Die CDU-Fraktion erklärt, dass sie bereits Gelegenheit zum Austausch hatte und entsprechende Anträge/Anfragen an die Verwaltung gestellt wurden. Die Vorsitzende schlägt vor, die wichtigsten Punkte des Haushaltsentwurfs zumindest gemeinsam durchzugehen für einen groben Überblick. Dadurch können erste Fragen gesammelt werden, die in der nächsten Sitzung schon beantwortet werden können. Die SPD-Fraktion erklärt daraufhin, dass es innerhalb der Fraktion noch eine Runde zu diesem Thema geben wird und ein Austausch zum jetzigen Zeitpunkt nicht sinnvoll ist. Die SPD-Fraktion stellt daher einen Antrag auf Vertagung des Tagesordnungspunktes.

Auf die Rückfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, ob das nicht ausgegebene Geld übertragen wird, bittet das Gebäudemanagement um eine intensive und aktive Beschäftigung mit dem Haushaltsentwurf. Grundsätzlich können Investitionsgelder übertragen werden, sofern das Projekt bereits begonnen hat. Bei Aufwendungen ist eine Übertragung hingegen nicht möglich. Auch die Bürgermeisterin wirbt für den Doppelhaushalt, um Projekte über den Jahreswechsel hinaus besser fortführen und beenden zu können. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen führt an, dass es in diesem Jahr keine Priorisierung bei den Maßnahmen gab. Es wäre sinnvoll, der Politik eine grobe Karte mit den Priorisierungen der Projekte für die nächsten Jahre zur Verfügung zu stellen. Die Verwaltung antwortet darauf, dass im laufenden Jahr keine Priorisierung nötig war. Alle im laufenden Haushalt eingestellten Maßnahmen haben oberste Priorität. Dazu gehören aufgrund der Verkehrssicherheit auch die Maßnahmen im Straßenausbau.

Die Vorsitzende lässt über den Antrag der SPD-Fraktion zur Vertagung des Tagesordnungspunktes abstimmen.



Abstimmungsergebnis:

Nicht einstimmig

7 Ja / 3 Nein / 0 Enthaltung

Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	7	3	0
CDU-Fraktion	3		
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen		3	
SPD-Fraktion	2		
WSI-Fraktion	1		
FDP-Fraktion	1		

7 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

hier: Nächtliches Betriebsverbot für Mähroboter im Stadtgebiet Wedel

ANT/2025/017

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt ihren Antrag zum nächtlichen Betriebsverbot von Mährobotern im Stadtgebiet vor. Sie wünscht sich eine Regelung, wie sie jüngst in Uetersen beschlossen wurde. Die Fraktion hebt die Wichtigkeit dieser Thematik hervor, da der Igel (*Erinaceus europaeus*) seit 2024 auf der internationalen roten Liste der gefährdeten Tierarten steht. Der Igel ist nachtaktiv und hat keinen Fluchtinstinkt. Wenn sie auf Nahrungssuche sind und ein Mähroboter auf sie zufährt, rollen sich Igel ein. Dadurch wurden in den letzten Jahren viele Igel von Mährobotern überfahren und dabei zum Teil schwer verletzt oder sogar getötet.

Die Vorsitzende erteilt Herrn Dilchert von der Naturschutzinitiative e.V. das Wort, der für diesen Tagesordnungspunkt als Gast eingeladen wurde. Herr Dilchert stellt die Thematik rund um den bedrohten Igel vor. Dabei erklärt er, dass die Population des Igels aufgrund verschiedener Gründe immer weiter zurückgeht: Verkehrsunfälle, Verlust des Lebensraums, Insektensterben, Steingärten und Mähroboter sorgen für ein Artensterben. In den letzten Jahren wurden massenhaft Igel nach Unfällen mit Mährobotern in Tierkliniken gebracht und dort medizinisch versorgt. Die Verletzungen sind massiv, die Quälerei ist enorm und viele Igel überleben diese Unfälle nicht. Technische Vorrichtungen und Kameras an den Mährobotern funktionieren in den meisten Fällen nicht. Zu diesem Ergebnis kommt auch eine Studie aus der Schweiz. Zudem gefährden Mähroboter nicht nur Igel, sondern auch andere Tiere, wie beispielsweise Frösche. Die Systematik rund um den Mähroboter ist noch relativ neu und die Einschränkung hinsichtlich des nächtlichen Betriebsverbots gering. Herr Dilchert führt an, dass die Städte dringend reagieren und signalisieren müssen, dass sie diese Tierquälerei nicht mittragen. Nach seinem Vortrag steht Herr Dilchert dem Gremium für Fragen zur Verfügung.

Die CDU-Fraktion stellt die grundsätzliche Frage, wie das nächtliche Betriebsverbot überhaupt kontrolliert werden kann. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen geben dazu an, dass fehlende Kontrollen kein Totschlagargument dafür sein dürfen, kein Verbot zu erlassen. Die Grundstückseigentümer*innen wissen dann zumindest von einem bestehenden Verbot. Viele Menschen sind sich dieser Gefahr von Mährobotern für Igel vermutlich gar nicht bewusst. Mit einem Verbot kann man aktiv auf die Menschen zugehen und darauf verweisen. Des Weiteren kann die Hemmschwelle dann größer sein, seinen Mähroboter nachts trotzdem laufen zu lassen. Insgesamt soll vor allem Aufklärung über diese Problematik geleistet



werden. Auch wenn keine konkreten Kontrollen stattfinden können, sendet es zumindest ein wichtiges Signal. An dieser Stelle muss man dann auf die Eigenverantwortung der Grundstückseigentümer*innen setzen.

Die SPD-Fraktion äußert den Wunsch, dass konkrete Kontrollen stattfinden. Im gleichen Zuge wisse sie aber auch, dass das personell nicht umsetzbar ist. Sie schließt sich den Ausführungen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an und erhofft sich eine umfangreiche Aufklärung der Menschen zu diesem Thema.

Die CDU-Fraktion befürchtet, dass gegenseitige Kontrollen in der Nachbarschaft und Unzufriedenheit innerhalb der Wohngebiete die Folge sein könnten. Sie führt daher die Idee an, Flyer zur Aufklärung zu erstellen und diese umfangreich im Stadtgebiet zu verteilen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unterstützt diese Idee und weist auf das Aufwand-Nutzen-Verhältnis hin: Es ist ein geringer Aufwand mit großem Nutzen im Rahmen der Sensibilisierung für das Thema. Die CDU-Fraktion fragt, ob und wie die Anzahl der Haushalte ermittelt werden kann, die einen Flyer bekommen sollen. An dieser Stelle schaltet sich die Stadtentwässerung ein und bietet an, den Mehraufwand zu ermitteln und den Versand der Flyer zu übernehmen. Diese können beispielsweise mit der Jahresgebührenrechnung verschickt werden. Es wird klargestellt, dass sich die Stadtentwässerung aber nicht an der Erstellung oder dem Druck der Flyer beteiligt, da sie keinen Inhalt liefern kann. Die Verwaltung wird einen Flyer erstellen und der Stadtentwässerung diesen zur Verfügung stellen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grüne wirft die Frage auf, ob diese Thematik auch auf Kreis-ebene besprochen werden kann. So könnte unter Umständen eine einheitliche Regelung entstehen. Des Weiteren beschäftigen sich andere Städte dann ggf. auch mit einem nächtlichen Betriebsverbot. Die Bürgermeisterin wird das Thema bei der Verwaltungsleiterrunde ansprechen.

Die Verwaltung wird beauftragt, ein nächtliches Betriebsverbot für Mähroboter ab 30 Minuten vor Sonnenuntergang bis 30 Minuten nach Sonnenaufgang einzurichten. Die Verwaltung wird gebeten, die Öffentlichkeit über die Gefährdung von Igel und kleinen Wildtieren wie u.a. Amphibien durch den nächtlichen Betrieb von Mährobotern aufzuklären und eventuell Anregungen für die Gestaltung von naturnahen, igelfreundlichen Gärten zu vermitteln. Die Verwaltung wird zusätzlich gebeten, mit der Kreisverwaltung bzw. anderen Kreisgemeinden Kontakt aufzunehmen, um ggf. gemeinsam mit der zuständigen Behörde des Kreises eine Allgemeinverfügung zum Nachtfahrverbot von Mährobotern für den gesamten Kreis Pinneberg zu prüfen.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

10 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	10	0	0
CDU-Fraktion	3		
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3		
SPD-Fraktion	2		
WSI-Fraktion	1		
FDP-Fraktion	1		



8 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen

8.1 Bericht der Verwaltung

Die Verwaltung berichtet über die anstehenden Deicharbeiten. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hatte im Vorwege eine Anfrage dazu im Rat gestellt. Aus Zeitgründen konnte diese dort nicht behandelt werden. Die Verwaltung erklärt, dass am Mitteldeich umfangreiche Deicharbeiten notwendig sind. Diese normalen Unterhaltungsmaßnahmen obliegen der Stadt. Bei einer Deichbegehung wurde festgestellt, dass dort Bäume stehen, die nicht verkehrssicher sind. Zehn der betroffenen Bäume fallen unter die Baumschutzsatzung und werden daher durch Ersatzpflanzung ersetzt. Des Weiteren sind Bäume von zwei Waldrändern betroffen, die nicht unter die Baumschutzsatzung fallen. Es handelt sich dabei um bruchgefährdete und nicht entwicklungsfähige Gehölze. Die Entfernung ist notwendig, damit der Waldrand strukturiert wachsen kann. Die Grasnarbe muss sich entwickeln und der Deich vernünftig abtrocknen können. Aus diesem Grund muss auch der Brombeerwuchs entfernt werden. Zudem hat das Landesamt die aktuelle Bepflanzung kritisiert, weshalb einige Bepflanzungen umgesetzt werden müssen. Dazu zählt auch das Sonnenblumenfeld - dieses wird zur Einhaltung der Abstandsflächen verschoben. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich nach der neuen Wegeführung, die in der Pressemitteilung erwähnt wurde. Die Verwaltung erklärt, dass die Wander- und Trampelpfade laut Landesamt gesichert werden müssen. Es wird keine neue Wegeführung geben, sondern eine Sicherung der vorhandenen unbefestigten Wege. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt die Frage, welche Bäume genau im Rahmen der Deicharbeiten gefällt werden. Die Verwaltung führt an, dass es sich um Jungbäume sowie sieben Weiden (maximal 60 Jahre alt) handelt. Zudem sind Eschen betroffen, die teilweise vom Eschentriebsterben befallen und schon abgestorben sind. Aus diesem Grund sind sie nicht besonders schützenswert. Die Verwaltung erklärt weiter, dass die Deicharbeiten grundsätzlich zum laufenden Geschäft der Verwaltung gehören. Die anstehenden Deicharbeiten werden sich über einen Zeitraum von zwei Jahren ziehen. Dies ist der Tatsache geschuldet, dass der Stadt keine Mittel zur Verfügung stehen und die Arbeiten daher mit dem Bauhof in Eigenregie ausgeführt werden.

Weiterhin berichtet die Stadtentwässerung, dass die Nutzungsgebühren in den Bereichen Niederschlagswasser und Schmutzwasser im kommenden Jahr stabil bleiben. Diese Gebühren sind nicht zu verwechseln mit den Anschlussgebühren.

Anlage 1 Gruene Anfrage_Deichschutz Wedel_Rat_13_11_2025

8.1.1 Haushaltssicherung 2028, aktueller Stand zum 21.10.2025

MV/2025/105

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

8.1.2 Haushaltskonsolidierung

Die Fachbereichsleitung erklärt, dass es noch keine Neuigkeiten zu den Spielplätzen gibt. Das Kinderparlament benötigt noch mehr Zeit, weil vor einer Entscheidung alle Spielplätze besichtigt werden sollen. Dies war zeitlich noch nicht machbar.

Des Weiteren fragt die Verwaltung an, ob sich die Fraktionen zum Thema der Wiedereinführung der Straßenausbaubeiträge bereits eine Meinung bilden konnten. Die CDU-Fraktion hat sich diesbezüglich noch nicht abschließend beraten, ist aber tendenziell weiterhin gegen die Wiedereinführung. Die Fraktion fragt nach dem Kosten-Nutzen-Verhältnis. Die Verwaltung erklärt daraufhin, dass es einen bedeutenden Mehraufwand gibt, der sich aber im Ergebnis rechnen wird. Durch die Straßenausbaubeiträge können beträchtliche Summen eingenommen werden. Bei der letzten Erhebung von Straßenausbaubeiträgen gab es keine Klagen seitens der Grundstückseigentümer*innen, auch aufgrund der guten gegenseitigen Kommunikation. Die CDU-Fraktion fragt anschließend, wie die Straßenausbaubeiträge im Verhältnis zu der möglichen Erhöhung der Grundsteuer stehen. Dies würde eine Doppelbelastung für die Grundstückseigentümer*innen darstellen. Die Bürgermeisterin gibt an, dass es in dieser Hinsicht noch keine Überlegungen gibt und es erstmal darum geht ein Meinungsbild zu bekommen. Anhand des Meinungsbildes kann dann entschieden werden, ob man sich tiefgreifender mit der Thematik beschäftigt.

Die WSI-Fraktion stellt die Frage, ob der Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss für diese Thematik überhaupt der richtige Ausschuss ist oder ob diese nicht in den Haupt- und Finanzausschuss gehört. Die Fachbereichsleitung erläutert, dass der Haupt- und Finanzausschuss grundsätzlich für Finanzen zuständig ist. Das Thema Straßenausbaubeiträge gehört aber grundsätzlich in die Bauverwaltung und der Vorschlag zur Wiedereinführung kam in der Projektgruppe auf, die zu diesem Ausschuss gehört.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gibt an, dass sie sich zu diesem Thema noch nicht beraten konnten. Der Impuls geht aber in Richtung Ablehnung der Wiedereinführung. Die Fraktion schlägt vor, erst nach möglichen Fördergeldern für den Straßenausbau zu suchen. Die Aussetzung der Straßenausbaubeiträge im Jahr 2018 war richtig und wichtig, da sie Grundstückseigentümer*innen, die an viel befahrenen Straßen wohnen, benachteiligen. Weiterhin ist zu beachten, dass für die Erhebung der Straßenausbaubeiträge auch mehr Personal benötigt wird und durch mögliche Gerichtsverfahren ein erheblicher Mehraufwand und zusätzliche Kosten entstehen.

Die SPD-Fraktion, die FDP-Fraktion sowie die WSI-Fraktion melden für diese Thematik weiteren Beratungsbedarf an. Sie konnten sich innerhalb der Fraktionen noch nicht austauschen. Die Verwaltung bittet alle Fraktionen um eine schriftliche Mitteilung mit dem entsprechenden Meinungsbild bis zur nächsten Sitzung.

8.2 Sachstand Hochbauten in Wedel

Die Fachdienstleitung Gebäudemanagement berichtet über den personellen Engpass innerhalb des Fachdienstes. Der Fachdienst ist massiv unterbesetzt und eine weitere Architektin wird die Verwaltung im Dezember verlassen. Des Weiteren berichtet die Fachdienstleitung über die wichtigsten Sachstände und stellt einen Bericht zur Verfügung, welcher dem Protokoll als Anhang beigelegt ist.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen kritisiert und hinterfragt die gestiegenen Kosten des Projekts Steinberghalle. Der damalige Beschluss umfasste 4,7 Millionen Euro, mittlerweile liegt die Modernisierung bereits bei 5,4 Millionen Euro. Sie befürchtet eine weitere Kostensteigerung, wenn die Ausschreibung erfolglos ist und sich das Projekt weiter verzögert. Das Gebäudemanagement erklärt, dass die steigenden Kosten dem Brandschutz geschuldet sind. Die Voraussetzungen für den Brandschutz wurden schon bei der Abnahme nicht erfüllt. Die Fraktion stellt daraufhin die Frage, ob wegen der steigenden Kosten eine neue Beschlussvorlage nötig wäre, sofern die jetzige Ausschreibung erfolglos ist. Die Verwaltung antwortet, dass dies diskutiert werden müsste, wenn der Fall eintreten sollte.

Anlage 1 2025 Nov Sachstände

Vorsitz:

gez. Kärgel

Petra Kärgel

Protokollführung:

gez. Bonna

Charleen Bonna

